

Von der Analyse der politischen Entwicklungen in Afghanistan und den ausländischen Interventionen bis hin zu einem neuen Plan der nationalen Erneuerung

Dr. Alema

Working Paper Nr. 3

**Transformation und Schutz: Zukunftsmodelle für Afghanistan
und Schutzkonzepte für gefährdete Afghan:innen**

Januar 2026

Das Urheberrecht liegt bei den Autor*innen.

Working-Papers des Forschungsprojekts *Transformation und Schutz: Zukunftsmodelle für Afghanistan und Schutzkonzepte für gefährdete Afghan:innen* dienen der Verbreitung von Forschungsergebnissen aus laufenden Arbeiten im Vorfeld einer späteren Publikation. Sie sollen den Ideenaustausch und die akademische Debatte befördern. Die Zugänglichmachung von Forschungsergebnissen in einem Working -Paper ist nicht gleichzusetzen mit deren endgültiger Veröffentlichung und steht der Publikation an anderem Ort und in anderer Form ausdrücklich nicht entgegen.

Bitte zitieren als:

Alema (2026): Von der Analyse der politischen Entwicklungen in Afghanistan und den ausländischen Interventionen bis hin zu einem neuen Plan der nationalen Erneuerung. Frankfurt University of Applied Sciences.

Kontakt: Forschungsprojekt *Transformation und Schutz*
Prof. Dr. Marei Pelzer & Dr. Alema
Email: marei.pelzer@fra-uas.de, alema.alema@fra-uas.de
Frankfurt University of Applied Sciences
Fachbereich 4 – Soziale Arbeit und Gesundheit
Nibelungenplatz 1, 60318 Frankfurt am Main

Gefördert durch:

**stiftung
PRO ASYL**

Von der Analyse der politischen Entwicklungen in Afghanistan und den ausländischen Interventionen bis hin zu einem neuen Plan der nationalen Erneuerung

„Wie erreichen wir dauerhaften Frieden, ein Recht, das uns genommen wurde?“ Präsident Ashraf Ghani

Afghanistan ist ein Land reich an Geschichte, Kultur und vor allem reich im Sinne einer Bevölkerung, die in ihrer Vielfalt die ganze Geschichte dieses Landes widerspiegelt, an der Schnittstelle von imperialen Auseinandersetzungen, sich begegnenden Traditionen und strategischen Handelswegen.¹ Zwischen 35-40 Millionen Frauen, Männer und Kinder leben heute, nach Jahrzehnten der von innen wie von außen geschürten Kriege, zu einem erschreckend großen Teil in bitterer Armut und Abhängigkeit. Sie sind zudem in wachsender Masse ausgesetzt die Unbill des fortschreitenden Klimawandels, der sich gerade in der Hindukusch Region mit aller Konsequenz zeitigt. Sie leben unter totalitären, religiös-fundamentalistischen Machthabern, die sie unterdrücken und die Menschenrechte, insbesondere die Rechte von Frauen und Mädchen, mit Füßen treten.

1. *Die interne Dimension*

Es kann nicht überraschen, dass die jahrzehntelangen, kriegerischen Auseinandersetzungen der ideologisch geprägten Kräfte und politischen Akteure - zum Teil von außen unterstützt - Afghanistan in einen Zustand der strukturellen Instabilität geführt haben. Aufgrund seiner geopolitischen Lage fungierte Afghanistan lange Zeit als wichtige Brücke zwischen Ost und West. Diese Lage machte das Land historisch gesehen anfällig für Invasionen und Rivalitäten zwischen Großmächten. Während des Kalten Krieges wurde es zum Schauplatz eines Stellvertreterkriegs zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion.²

Weder die Interventionen aus der Zeit der Sowjetunion noch die Aktionen der von den USA geführten Koalition der Willigen im Rahmen ihres gescheiterten „Kriegs gegen den Terror“

¹ Siehe insbesondere:

Thomas J. Barfield; Afghanistan: A Cultural and Political History (Princeton Studies in Muslim Politics), 2012

Jonathan L. Lee; Afghanistan: A History from 1260 to the Present, 2022

² - افغانستان؛ طعمه قدرت‌های منطقه‌ای و قربانی جنگ‌های نیابتی

haben zu stabilen, unabhängigen Mechanismen, Strukturen und Institutionen geführt, die den Frieden im Land sichern könnten. Die relative Stabilität des jetzigen Taliban-Regimes geht mit dem Preis einer Diktatur einher, den vornehmlich die eigene Bevölkerung bezahlt. Insofern bleibt es politisch eine einzigartige und doch vertane Gelegenheit, dass in den Jahren bis 2020 die afghanischen politischen Kräfte, unter Patronage der US geführten Militärintervention - und bei internationalem, historisch einzigartigem finanziellem Aufwand – es nicht verstanden haben, tragfähige demokratisch-rechtsstaatliche Strukturen zu schaffen. Zwei Jahrzehnte des internationalen Engagements zum „State Building“ sind vor aller Augen gescheitert, und mit ihnen auch diejenigen afghanischen Anstrengungen, die sich mit aller Kraft, und doch erfolglos, gegen diesen Niedergang stemmten – mit den gravierendsten Folgen für die Bevölkerung, die wir heute konstatieren müssen.

Die Voraussetzungen für Friedensbemühungen waren nach dem Sturz der Taliban und der Schaffung von Friedensgrundlagen günstig. Verschiedene Faktoren führten jedoch dazu, dass der Frieden in einem Land, in dem Stabilität und Sicherheit lebenswichtig sind, nicht Wirklichkeit werden konnte.

Die interne Dynamik, die zur Ausweitung und zum Fortbestehen dieser ungelösten Kriege geführt hat, kann anhand von zwei Faktoren analysiert werden. Zum ersten gilt es zu verstehen, wie es nach dem gewaltsamen Sturz der Taliban in 2001/02 schrittweise zu einem Wiedererstarken dieser Bewegung gekommen ist, dem weder die traditionalistisch-feudalen Kräfte in Gestalt der verschiedenen Warlords noch die mehr und mehr verzweifelten Versuche der Reformkräfte etwas entgegenzusetzen hatten – allzumal nach dem zynischen Ausverkauf der ersten Trump-Administration in den Jahren 2018-20. Zum zweiten gilt es, die entscheidenden, und zum Teil haarsträubenden Fehlleistungen im Aufbau und in der Reform staatlicher Institutionen herauszustellen, angefangen von dem Fehlen einer unabhängigen Justiz, einschließlich der Verfolgung von Kriegsverbrechen der Bürgerkriegszeiten, den hilflosen – und zum Teil völlig unglaublichen Demokratisierungsversuchen, bis hin zum Fehlen von ernsthaften Expertenprogrammen zur Konfliktlösung, dem Fehlen von Arbeitsbeschaffungs- und Beschäftigungsprogrammen, dem Fehlen von Programmen zur Förderung von Sicherheit und Stabilität und die Abwertung von Gerechtigkeit als Grundvoraussetzung für Sicherheit, Stabilität und Frieden.

Der Einsatz und das Engagement der internationalen Gemeinschaft selbst sind Teil des Problems geworden, anstatt die afghanischen Reformkräfte zu befähigen, einen nachhaltigen Staatsaufbau zu bewältigen. Nach ihrem eklatanten Scheitern in Afghanistan stechen die Initiativen westlicher Akteure, einschließlich der VN, heute vor allem durch ihre Disparatheit hervor. Der Mangel an koordinierten Strategien innerhalb der internationalen Gemeinschaft in Bezug auf Afghanistan³, die Uneinigkeit über die Anerkennung und Definition der Taliban, die geringe Aufmerksamkeit für den Wiederaufbau der Infrastruktur Afghanistans, die die Grundlage für die gesellschaftliche Entwicklung bilden könnte, die negative politische Behandlung der Werte von Demokratie und Menschenrechten sowie die Unterschätzung der Rolle der Afghanen bei den

³ Das Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel (ISPK) [Das zweifache Scheitern der internationalen Gemeinschaft...](#)

Veränderungen in ihrem Land sind Sinnbild für die Mitverantwortung für den andauernden Niedergang Afghanistans. Die Analyse der ISPK zeigt, dass die internationalen Staatengemeinschaften in Afghanistan durch strukturelle und grundsätzliche Probleme, wie die mangelnde Konsistenz der Strategien, gescheitert sind. Die Literaturkritik beanstandet insbesondere das Bündnis der westlichen Mächte mit Kriegsfürsten sowie den politischen Ausschluss der Taliban. Diese Faktoren haben zu einem unzureichenden Engagement und einer fehlerhaften Ausgestaltung der Demokratisierung geführt.⁴

Wie der ehemalige NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg erklärte, sei der Abzug der US-Truppen aus Afghanistan die größte Niederlage der NATO. In einem Interview mit The Financial Times. Er fügte hinzu: „Wir alle hätten Afghanistan gerne frei und demokratisch gesehen, aber die Realität ist, dass wir nicht bereit waren, einen solchen Preis für unsere NATO-Verbündeten zu zahlen, damit dies geschieht. Ich denke, was wir in diesen 20 Jahren gelernt haben, ist, dass es zu schwierig und ambitioniert war, eine freie und demokratische Gesellschaft mit militärischer Gewalt aufzubauen, wie wir es versucht haben.“⁵ Anlässlich der Vorstellung seines Buches „Auf meinem Posten“ auf der Frankfurter Buchmesse bezeichnete er den Rückzug aus Afghanistan im Jahr 2021 als größte Niederlage der westlichen Allianz. Stoltenberg bilanzierte: „Wir haben Menschen, die an die Demokratie glaubten, einfach allein gelassen.“⁶

2. Das Paradoxon der Islamischen Republik

Die knapp 20-jährige Geschichte der Islamische Republik (2002-2021) nahm ihren Anfang in der „Bonner Konferenz“, die von der Bush-Administration,⁷ vertreten durch Zalmay Khalilzad, ins Leben gerufen wurde. Vor dem Hintergrund des drohenden Iraq-Krieges (der noch früher als der Afghanistankrieg in einem völligen Scheitern endete), scharte sich eine Koalition der Willigen um die US-Administration - mit den VN in einer Nebenrolle, um die internationale Legitimität zu befördern.

Die internationale Gemeinschaft machte hochkorrupte Milizenführer zu ihren Hauptansprechpartnern. Diese hatten sich in einem über Jahre andauernden, vom Westen finanzierten Bürgerkrieg gegen das Regime der ehemaligen Regierung sowie gegen die sowjetische Intervention in einem zunehmend feudalistischen Umfeld etabliert. Im Verlauf der Bonner Konferenz wurde diesen „dschihadistischen“ Gruppen und kriminellen Organisationen, die in kleinster Weise die Bevölkerung repräsentierten, eine immer größere Rolle zugewiesen. Die Taliban als Konfliktpartei in Afghanistan sowie die prodemokratischen Kräfte nahmen nicht an der Konferenz teil – dies war wahrscheinlich der kardinale Geburtsfehler der Islamischen Republik.⁸

⁴ Siehe FN 3

⁵ https://vk.com/wall-221156922_54613

⁶ [Jens Stoltenberg über Nato, Russland und die Lehren des Westens | diplo.news](https://www.diplo.news/jens-stoltenberg-ueber-nato-russland-und-die-lehren-des-westens)

⁷ https://internationalepolitik.de/system/files/article_pdfs/IP_01-06_Berman%20et%20al.pdf
<https://webarchiv.bundestag.de/archive/2009/1022/dasparlament/2008/37-38/Beilage/002.html>

⁸ [Afghanistan | Kriege und Konflikte | bpb.de](https://www.bpb.de/afghanistan/kriege-und-konflikte)

Das Bonner Abkommen, und die nachfolgenden Verhandlungen zu einer neuen Verfassung, versuchten auf der einen Seite, eine zentralistische Verwaltung zu etablieren, ein wahrscheinlich zweiter Kardinalfehler in einem ethnisch und regional so diversen Land wie Afghanistan. Dabei stützte man sich jedoch im Widerspruch zur eigenen Theorie auf die de-facto-Macht der regional verankerten Warlords, die niemals wirklich Interesse an einem demokratischen Staatsaufbau hatten, sondern stattdessen von der „Rentenökonomie“ der milliarden schweren Militärintervention und der begleitenden Finanzhilfen profitieren wollten. „Aus ökonomischer Sicht können diese Milizen als ‚Kriegsunternehmen‘ betrachtet werden.“⁹ Dadurch blieb die Regierung dauerhaft schwach und vom Ausland abhängig – und von den eigenen Warlords, die astronomische Unterstützungszahlungen einfordern konnten und erhielten – oft direkt von westlichen Gebern. Es entstand eine Art Paradoxon. Zwar gab es eine moderne zentralistische Verfassung, gleichzeitig diskreditierten die regionalen Milizenführer beinahe alle Ebenen der staatlichen Exekutive, durch rechtswidrige Interventionen und illegaler Bereicherung auf allen Ebenen. Wie das Debakel der Wahlen von 2014 zeigte, gab es buchstäblich keine politische Formation, die den Demokratisierungsauftrag glaubwürdig vertreten hätte. In einem zunehmend korrupten Umfeld konnten sich offenbar selbst reformorientierte Kräfte nicht mehr an die Verfassungsregeln halten. Von einer unabhängigen Justiz ganz zu schweigen. So viel zum Verständnis maßgeblicher internationaler Akteure, insbesondere des US-Militärs und seiner Verbündeten, die sich einen Sieg gegen die unter diesen Umständen nicht unerwartet stärker werdende Taliban-Rebellion buchstäblich „erkaufen“. Schon im Jahr 2007 hatte man gewissermaßen die Segel gestrichen, mit dem Amnestiegesetz für begangene Kriegsverbrechen aus Bürgerkriegszeiten, welche zu allererst die notorischen Milizenführer betraf. Straffreiheit für schwerste Verbrechen wurde zum Prinzip erklärt.¹⁰

3. Die Rückkehr der Taliban

Das Abkommen von Doha wurde am 9.02.2020 zwischen den Taliban und den USA geschlossen und war faktisch eine Art Abzugsabkommen für die ausländischen Truppen aus Afghanistan. Faktisch 20 Jahre internationales Engagement in Afghanistan, begonnen mit dem Sturz der Talibandiktatur, endeten mit deren Rückkehr. Alle wissen, dass das keine Ironie des Schicksals war, sondern ein kollektives Versagen aller Beteiligten! Der Versuch, die Ursachen des dschihadistischen Terrors durch den Aufbau einer rechtsstaatlichen, freiheitlichen und demokratischen Ordnung zu überwinden, war gescheitert.

Am Ende der westlichen Intervention und der Machtübernahme der Taliban stand ein verheerendes Ergebnis, das für Millionen Afghan*Innen und Afghanen ein Schrecken ohne Ende ist und bleibt. Die Dynamik, die dazu geführt hat, war gekennzeichnet von Unkenntnis und Dilettantismus einerseits, und strategischen Fehleinschätzungen andererseits. Kernelement dieses kollektiven Versagens waren:

- Der Krieg und die Milliardenzahlungen an die afghanische Armee und Polizei haben die Warlord-Strukturen in den Streitkräften und im Staat zum Staat im Staate

⁹ [Afghanistan: Gewaltwirtschaft und Warlords | Blätter für deutsche und internationale Politik](#)

¹⁰ [Afghanistan: Kriegsverbrechen bleiben straffrei | DIE ZEIT](#)

gemacht und damit den Verfassungsauftrag konterkariert; die immer weitergehende Verengung der politischen Wahrnehmung auf militärische, dh. gewaltsame Lösungen führte zur Diskreditierung des Aufbaus rechtsstaatlicher Strukturen. Eine Demokratie aufzubauen, braucht Ausdauer und das konsequente Durchsetzen der Voraussetzungen für Demokratie auf allen Ebenen.¹¹

- Die westlichen Partner haben keine harten Bedingungen für die Demokratisierung des Landes durchgesetzt. Nach dem Debakel der Wahlen im Jahr 2014 war das letzte Kapitel die halbherzige Unterstützung der Wahlen 2019. Teile der Trump-Administration stellten diese grundsätzlich in Frage, vermutlich da sie fürchteten, eine echte demokratische Legitimation der afghanischen Regierung würde die Doha-Verhandlungen zur Machtübergabe an die Taliban erschweren.

Auch die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten riskierten kein politisches Kapital mehr. Weder die EU noch Deutschland vertraten eine eigene politische Haltung und ließen die USA gewähren.

- Das Abkommen von Doha war ein Abkommen ausschließlich zwischen Taliban und USA und in Wirklichkeit eine Art Rückzugsabkommen für die ausländischen Soldaten aus Afghanistan.

- Besonders unverständlich bleibt, warum das Abkommen nicht an Bedingungen geknüpft wurde, die Errungenschaften der letzten 20 Jahre erhielten, und einen weiteren verfassungskonformen Staatsaufbau beförderten.

- Auch der von vielen Afghaninnen und Afghanen erhoffte Kurswechsel (in letzter Minute sozusagen) unter Präsident Biden trat nicht ein. Er setzte den Kurs der Trump-Administration mit dem Unterhändler Zalmay Khalilzad fort und erklärte die Versuche einer Machtteilung zum innerafghanischen Problem.

- Unter dem Strich haben die USA durch ihr einseitiges und unabgestimmtes Vorgehen Tatsachen geschaffen – auch für ihre westlichen Verbündeten.

- Darüber hinaus war die Rolle der Nachbarländer Pakistan, Iran und einiger Länder wie Katar gegenüber der Islamischen Republik immer problembehaftet – nicht zuletzt weil die Legitimität dieser Regime im Falle eines erfolgreichen Staatsaufbaus in Afghanistan stark gelitten hätte. Pakistan unterlief systematisch US/NATO-Interventionen und bot den Taliban eine Basis für ihre Operationen – einschließlich des Asyls für Bin Laden selbst. Pakistanische Offiziere bildeten die Taliban militärisch aus, der pakistanische Geheimdienst ISI bewaffnete sie, religiöse Organisationen finanzierten sie.

- Die Geschichte der Einmischung Pakistans reicht bis in die post-koloniale Gründungsjahre zurück - Interventionen mit oft expliziter oder impliziter Unterstützung Dritter, sei es in der Golfregion, durch die USA oder durch China, welche nie auf wirklichen Widerstand gestoßen sind. Es ist nicht ohne Ironie, dass pakistanische

¹¹ [Studie: Bundeswehr-Strategie stärkte afghanische Warlords | DIE ZEIT](#)

Autoritäten dieser Tage beklagen, dass sich die terroristischen Anschläge in Pakistan seit der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan vervielfacht haben, noch dazu auf Basis der Bestände amerikanischer Waffen, die in Afghanistan zurückgelassen wurden. Es scheint, der Tag an dem die Logik der Militärs und der Milizenführer gebrochen wird, liegt noch in weiter Ferne.

Die politische und menschenrechtliche Lage in Afghanistan nach der letzten Intervention von außen, dem Doha-Abkommen und der damit verbundenen Machtübernahme der Taliban. Seit der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan kann die Lage im Land nur als katastrophal und für viele Menschen als lebensbedrohlich bezeichnet werden.

Nicht nur das politische System Afghanistans und die Sicherheitskräfte des Landes sind zusammengebrochen, sondern leider wurden auch das Verwaltungssystem, das Justizsystem, das Bildungssystem und alle Errungenschaften der Regierung der letzten 20 Jahre zerstört und beseitigt. Die große Mehrheit der zivilen und militärischen Offiziere und Berufskader des Landes wurde von ihren Pflichten und ihrer aktiven Präsenz in der Gesellschaft entbunden, viele mussten fliehen. Tausende Militäroffiziere, Soldaten und Sicherheitskräfte wurden verhaftet, gefoltert und ermordet. Einigen gelang die Flucht in die Nachbarländer. Aus den Nachbarländern Pakistan, Iran sowie der Türkei werden täglich Tausende Menschen nach Afghanistan abgeschoben. Die Abschiebungen sind mit Haft und Folter verbunden. Familien werden getrennt, gefoltert und ermordet. Unter Berufung auf die Religion und die Scharia entzog das Taliban-Regime den Bürgern alle bürgerlichen und sozialen Freiheiten. Insbesondere die Rechte von Frauen und Mädchen wurden immer weiter eingeschränkt.

Kurz nach der Machtübernahme der Taliban, Mitte September 2021, wurde das Frauenministerium durch das Ministerium für Gebet und Orientierung sowie zur Förderung der Tugend und zur Verhinderung von Lastern ersetzt. Gleichzeitig wurde die Staatsanwaltschaft zur Bekämpfung von frauenspezifischer Gewalt geschlossen. Damit haben die Frauen in dem Land jegliche politische Vertretung ihrer Anliegen verloren.

Die De-facto-Regierung der Taliban verfolgt Oppositionelle und missachtet die Menschenrechte besonders von Frauen und Mädchen sowie religiöser und ethnischer Minderheiten. Seit der Machtübernahme der Taliban am 15. August 2021 sind Frauen- und Menschenrechtler*innen unter den Taliban so bedroht, dass sie sich entscheiden müssen: Entweder sie tauchen unter oder sie fliehen aus dem Land. Viele leben ohne Perspektive auf unabsehbare Zeit in Verstecken, oft auch mit Kindern. Andere, die es geschafft haben, nach Pakistan oder in den Iran zu fliehen, sind dort von Schikanen, willkürlichen Inhaftierungen und Abschiebungen bedroht. Die humanitäre Krise in Afghanistan verschärft sich dramatisch, während die regionalen Spannungen, gerade auch mit Pakistan bedrohlich anwachsen.

Weiterer Niedergang oder verhaltene Öffnung?

Angesichts dieser deprimierenden Trends (allzumal bei wachsender internationaler Indifferenz, die sich mit Migrationsarrangements begnügt), stellt sich die Frage, ob eine

wie auch immer gegebene Öffnung und Neuorientierung nicht einen inner-afghanischen Anfang nehmen muss. Es geht um keine geringere Aufgabe als Afghanistan in einer historischen Perspektive und mit einer konsolidierten und dauerhaften Friedenspolitik neu zu definieren

Die jüngste und eindringliche Botschaft Präsident Ghani, der sich selten zu Wort meldet, mag ein Indiz dafür sein, dass die maßgeblichen Verantwortlichen anfangen, die Bedingungen für einen Erneuerungsprozess zu eruieren.

Ghani zentrale Punkte berühren die Legitimität des Staates, die nationale Identität und die aktuelle Krise in Afghanistan. Seine Botschaft enthielt auch eine direkte Antwort auf die jüngsten Behauptungen des Taliban-Führers Haibatullah.

Ghani zufolge ist eine Veränderung des Staates durch persönliche Loyalität, Freundschaft oder religiöse Parolen unmöglich. Präsident Ghani betonte, dass die Regierungsführung durch Recht, Rechenschaftspflicht, Gerechtigkeit, nationale Sicherheit und den Willen des Volkes definiert sein muss und nicht durch persönliche Netzwerke, Partnerschaften oder informelle Autorität. Er widerspricht der Ansicht des Taliban-Führers, ein "Staat" könne nur durch persönlichen Einfluss oder religiöse Ansprüche gebildet werden, vehement.

Es sei geboten, Korruption, Unterdrückung und ethnische Intoleranz nicht nur zu verurteilen, sondern permanent und glaubwürdig zu bekämpfen. In seiner Botschaft definiert Mohammad Ashraf Ghani den Zerfall einer Nation durch die folgenden Faktoren: das Töten von Menschen, die Zerstörung des Landes, Korruption, Bestechung, Unterdrückung, ethnische Diskriminierung und Menschenrechtsverletzungen. Er argumentiert, dass Praktiken wie diese jeden Anspruch auf islamische oder politische Legitimität diskreditieren.¹² Die von Haibatullah zum Ausdruck gebrachte Ablehnung des "Tests" für das Volk ist offenkundig. In Reaktion auf Haibatullahs jüngste Aussage, dem Volk obliege die Prüfung und Bewertung der Regierung, führte Präsident Ghani aus, dass den Afghanen in einem System, das weder Sicherheit, Rechte noch eine legitime Regierung gewährleistet, weder Glaubwürdigkeit noch Ansehen zuteilwerde. Seiner Ansicht nach lassen sich die Zustände während der Taliban-Herrschaft – Angst, Unterdrückung und wirtschaftlicher Zusammenbruch – als Ergebnisse dieses "Tests" interpretieren.

Es erfolgt eine explizite Warnung vor einem potenziellen Zusammenbruch der afghanischen Stabilität. Die Misswirtschaft der Taliban habe zu beispielloser Instabilität und weitverbreiteter Vertreibung und den damit assoziierten regionalen Gefahren geführt. Er argumentiert, dass Afghanistan vor dramatischen Entwicklungen steht, insbesondere einem humanitären Zusammenbruch, der Zunahme der sozialen Spaltung und die "wirtschaftliche Lähmung" und Stagnation der ökonomischen Aktivitäten. Dieses

¹² <https://x.com/ashrafghani/status/1991412385337295282>

Gefährdungspotenzial – ebenso wie seine Lösung - betreffe die gesamte Region, einschließlich Pakistan.

Die Notwendigkeit, einen nationalen Rahmen für eine neue Reformdynamik zu schaffen geht einher mit einer präzisen Definition der zukünftigen Entwicklung Afghanistans. Präsident Ghani betont die Notwendigkeit einer klaren nationalen Vision für Afghanistan, die auf folgenden Grundsätzen basiert:

- verfassungsrechtlicher Legitimität
- ausgewogenen Beziehungen zur Welt, die als essentiell für ein funktionierendes Miteinander betrachtet werden.

Es wird ein System gefordert, das darauf abzielt, die Rechte – insbesondere die Rechte der Frauen – zu schützen. Der Text postuliert eine umfassende nationale Identität – und er betont, dass die Taliban über einen solchen nationalen Rahmen nicht verfügen.

Anstelle von Zwangsherrschaft und Diktatur sollte die Vision eines langfristigen Friedens treten. Er betont, dass dauerhafter Frieden die Voraussetzung von Konsens, Legitimität und Partizipation sei, nicht jedoch Gewalt. Wahre Stabilität läge in politischer Teilhabe und sei nicht in einem Machtmonopol begründet.

Präsident Ghani hat seine Unterstützung und seine Bereitschaft für eine nationale Lösung angeboten. Er betont, dass er keine individuellen Ansprüche an die Nutzung der Ergebnisse der Mission hegt, sich jedoch in der Rolle als Experte, Berater und Unterstützer für die Entwicklung Afghanistans engagieren möchte. Er betrachtet dies als seine Verantwortung gegenüber dem afghanischen Volk und der Nation und versichert, dass er die Bemühungen um langfristige Stabilität in Afghanistan nicht aufgeben werde.

Damit verbindet er den erneuten Aufruf an die afghanische Bevölkerung, sich mit Blick auf die eigene Zukunft zu engagieren und Verantwortung zu übernehmen. Präsident Ghani appelliert an alle Afghanen im In- und Ausland, die vergangenen Fehler zu reflektieren, die aktuelle Krise zu verstehen und sich für ein gemeinsames nationales Ziel zu vereinen. Er betont, dass eine zukunftsfähige Gestaltung der afghanischen Gesellschaftsordnung nur durch ehrliche Selbstreflexion und kollektive Beteiligung möglich ist.

Ghanis Vorschlag für ein solches konsens-orientiertes Vorgehen könnte helfen, einen Neuanfang auf den Weg zu bringen. Ohne eine Umkehr aus den aktuellen Sackgassen des Talibanregimes wird dies jedoch nicht gelingen. Eine wahrhaftige Bestandsaufnahme bleibt daher Voraussetzung, was auch die internationale Gemeinschaft einbeziehen sollte. Die gegenwärtigen Haltungen der Verantwortungslosigkeit für die Katastrophe, die sich in Afghanistan vollzieht, werden den internationalen Partnern ansonsten womöglich erneut teuer zu stehen kommen.

Er betont, dass Afghanistan mit einem ausgewogenen Geschichtsverständnis voranschreiten muss, ohne vergangene Fehler zu wiederholen oder sich von der aktuellen

Krise die Zukunft bestimmen zu lassen. Seiner Ansicht nach ist es für die Afghanen essenziell, sich mit den historischen Fakten auseinanderzusetzen, um einen nachhaltigen und inklusiven politischen Weg zu beschreiten.¹³

Fazit

Die Analyse verdeutlicht, dass Afghanistan an einem historischen Wendepunkt steht. Hier liegen weiterer Niedergang und die Möglichkeit einer vorsichtigen Neuorientierung eng beieinander. Das von Präsident Ghani formulierte Konzept bietet einen kohärenten normativen Rahmen, der staatliche Legitimität, Rechtsstaatlichkeit und politische Teilhabe in den Mittelpunkt stellt und sich damit klar von der aktuellen Praxis der Taliban abgrenzt. Eine nachhaltige Stabilisierung kann jedoch nur durch einen innerafghanischen Reformprozess gelingen, der von einer klaren nationalen Vision getragen wird und zugleich in verantwortungsvolle internationale Beziehungen eingebettet ist. Ohne eine solche strategische Neuausrichtung drohen eine Vertiefung der humanitären und sozialen Krise sowie langfristige Destabilisierungseffekte in der Region.

¹³ <https://x.com/ashrafghani/status/1991412385337295282?s=20>
<https://x.com/afbndari>